

NEWS

POLITIK / 21.1.2010 / 17:24 / suedostschweiz.ch

Finanzberechnungen als irreführend kritisiert

Das breit abgestützte Komitee «Nein zur Bündner NFA» feuert eine weitere Breitsalve gegen das grösste Bündner Reformprojekt der letzten Jahre. Die Regierung und das Parlament würden zum Vorhaben intransparente, irreführende und unvollständige Zahlen liefern.

**ZUSAMMENH
Graubünden
verliert!** **NEIN ZUR NFA** **ALT**

Chur. – Die offiziellen Berechnungen zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden (NFA) könnten nicht nachvollzogen werden, teilte das Gegner-Komitee heute mit. Das vorhandene Zahlenmaterial stamme noch aus der Zeit vor der Beratung des Reformpakets im Kantonsparlament. Das Komitee habe mehrmals vergeblich versucht, aktuelle Zahlen von der Regierung zu bekommen.

Die vorliegenden Daten führten teilweise zu völlig falschen Berechnungen der künftigen Belastung der Gemeinden. Die von der Regierung präsentierte Gesamtbilanz der NFA berücksichtige wesentliche Kostenfaktoren nur unvollständig.

Bildungs- und Sozialkosten nicht berücksichtigt

Künftige Mehrbelastungen der Gemeinden, die sich aus dem neuen, totalrevidierten Volksschulgesetz ergeben würden, kämen in der NFA Bilanz nicht vor, so das Gegner-Komitee. Auch die Kosten der Sozialhilfe wären nur unvollständig berechnet.

Im Komitee «Nein zur Bündner NFA» sind 18 Verbände zusammengeschlossen. Vertreten sind soziale Organisationen, Lehrerinnen und Lehrer, der Schulbehördenverband, die Frauenzentrale Graubünden sowie Behindertenorganisationen und Gewerkschaften.

Abstimmung am 7. März

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden (NFA) kommt am 7. März vor das Volk. (sda)